

Eine Partei - siebzehn Meinungen

CVP Präsident Christophe Darbellay wollte zum Parteitag eine Initiative lancieren - passiert ist letzten Samstag gar nichts

VON ANNA WANNER

Die Vorbereitungen auf das Wahljahr 2015 haben begonnen. Die Parteien positionieren sich und besetzen Themen, mit denen sie die Wählergunst gewinnen wollen. Neben der SVP, die einen Dauerkampfbetrieb betreibt, ist die CVP mit einer Ansage des Parteipräsidenten vor einem Monat früh vorgeprescht: «Wir werden auf jeden Fall eine neue Initiative lancieren», sagte Christophe Darbellay dem «SonntagsBlick». Über deren Inhalt müsse allerdings am Parteitag noch entschieden werden. Auf der Einladung zum Sommerparteitag war unter dem Programmpunkt 5 tatsächlich eine Basisabstimmung traktandiert: «Lancierung einer neuen Volksinitiative der CVP Schweiz». Das Thema blieb unbekannt.

Kein Wort zur Initiative

Am Samstag trafen sich Politiker und Basis dann zum Parteitag in Sempach. Das Sekretariat verteilte am Morgen zwei Papiere: eine Resolution über die Prämienbefreiung für Kinder und eine zweite Resolution über den Erhalt der bilateralen Verträge - von einer Initiative kein Wort mehr. Politiker drückten sich um Erklärungsversuche. Einer sagte, er habe schon bessere Tage erlebt.

Was war passiert? Entweder haben die Parteikollegen ihren Präsidenten zurückgepfiffen oder er erkannte selbst, dass sich die vorgeschlagenen Themen derzeit nicht für die Lancierung einer Initiative eignen. Die Forderung, dass Kinder keine Krankenkassenprämien mehr bezahlen müssen, hatte die Aargauer CVP-Nationalrätin Ruth Humbel vor drei Jahren in einer parlamentarischen Initiative formuliert. Seither ist der Vorstoss hängig, eine Volksinitiative wäre nur Zwängerei: Möglicherweise wird das Begehren auf parlamentarischem Wege realisiert.

Auch die Umsetzung des zweiten Anliegens gestaltet sich schwierig. Die Partei reiche Vorstösse ein, um negative Auswirkungen der Zuwanderungsinitiative zu beschränken, kündigte Darbellay an. Wenn diese auf parlamentarischem Weg nicht durchkommen, beginne die Partei Unterschriften für eine Initiative zu sammeln, so der Präsident. Support erhielt er vom Solothurner Ständerat Pirmin Bischof, der ebenfalls der Meinung war, die CVP müsse aktiv vorgehen und notfalls eine Initiative lancieren, um die bilateralen Verträge zu retten. Anders sieht das der Freiburger Ständerat Urs Schwaller, der sagt, eine Initiative zu den Bilateralen sei nicht in Stein gemeisselt. Das



Christophe Darbellay macht eine Momentaufnahme von seinem Parteitag. Hat er selbst noch den Überblick? SIGI TISCHLER/KEY

Thema sei äusserst komplex. «Für die Gestaltung eines Initiativtextes müssen wir wirklich sattelfest sein.» Denn sobald Unterschriften gesammelt werden, könne der Text nicht mehr abgeändert werden. Um sein Argument zu unterstützen, verweist Schwaller auf den Bundesrat, der seit einem halben Jahr im Nebel stochere. So sagte Bundesrätin Doris Leuthard am Parteitag zur Umsetzung der Zuwanderungsinitiative: «Wir können nicht einfach ein Rezept aus dem Zylinder zaubern.» Ob es also je zu einer weiteren Initiative kommt, ist ungewiss. Parteipräsident Darbellay versucht, sich aus der Situation herauszuwinden. Er habe immer gesagt, am Parteitag werde bloss über die Stossrichtung einer Initiative entschieden. Zudem versucht er, sich hinter den Parteistatuten zu verstecken. So kann nicht die Basis über eine Initiative entscheiden. Dieses Recht ist den Delegierten vorbehalten.

Grosses Missverständnis

Das Initiativprojekt scheint ein grosses Missverständnis zu sein. Babette Sigg, Mitglied des Parteivorstands und Präsidentin der CVP Frauen, sagte, sie habe mit der Abstimmung über eine neue Initiative gerechnet. Sie sei - wie viele andere auch - überrascht, dass am Parteitag nicht darüber abgestimmt wurde. «Im Vorstand waren wir infor-

«Wir werden auf jeden Fall eine neue Initiative lancieren.»

CVP-Präsident **Christophe Darbellay** gegenüber dem «SonntagsBlick»

miert, dass es eine neue Volksinitiative gibt», sagte sie. Über den Inhalt erhoffte sie, am Samstag mehr zu erfahren.

Sigg sorgte selbst für eine Überraschung, als sie der Resolution über die Bilateralen nicht zustimmte, weil sie ihr zu wenig weit gehe. Die Partei müsste endlich etwas für gut ausgebildete Frauen über 50 tun, die wieder arbeiten wollen. Ihre Forderung behielt sie allerdings für sich. Die rund 300 Parteimitglieder stimmten beiden Resolutionen fast einstimmig zu.

Der neue Fraktionspräsident Filippo Lombardi sieht im Sammelsurium an Meinungen etwas Gutes. Zwar werde er immer wieder darauf angesprochen, dass seine Fraktion nicht zu führen sei. Das stimme so nicht. Für einen Fraktionschef sei die CVP die einzig interessante Partei.

WAHLJAHR 2015

Diese Volksinitiativen sind bei den Parteien in Planung

 Die **CVP** hat zwei Initiativen:

Die eine will Kinder- und Ausbildungszulagen von den Steuern befreien und kommt 2015 vors Volk. Die andere will die steuerliche Gleichberechtigung von Ehe- und Konkubinatspaaren herstellen und kommt bald ins Parlament.

 Mit der Volksinitiative

«Energie- statt Mehrwertsteuer», die wohl 2015 zur Abstimmung kommt, setzen die **Grünliberalen** ihren Schwerpunkt, wie der Sprecher Michael Köppli sagt. Fürs Wahljahr sei keine neue Volksinitiative geplant.

 Die **BDP** plant keine

Initiative. «Wir sind der Meinung, dass Initiativen grundsätzlich vom Volk lanciert werden sollten und nicht von den Parteien inflationär als Marketinginstrument eingesetzt werden sollten», sagt Geschäftsführerin Nina Zosso.

 Die **FDP** setze fürs

Wahljahr auf ihre Leitthemen Freiheit, Fortschritt und Gemeinsinn, sagt Sprecherin Aurélie Haenni. Die Partei schliesse sich dem «Unsinn» nicht an, eine Initiative als Wahlkampfmittel zu ergreifen.

 Die **SP** hat mit der Abschaf-

fung der Pauschalbesteuerung und der Erbschaftssteuer zwei finanzpolitische Initiativen, die in Kürze vors Volk kommen. Die Familieninitiative hänge nicht direkt mit den Wahlen zusammen, so Generalsekretärin Flavia Wasserfallen.

 Die **SVP** hat ein Bündel

an Volksinitiativen: Eine Durchsetzungsinitiative zur Ausschaffung krimineller Ausländer ist hängig, eine weitere zur Zuwanderung ist angekündigt. Hinzu kommen die Asylinitiative und jene zu Landesrecht vor Völkerrecht.

 Die **Grünen** haben

im Mai mit der Unterschriftensammlung für ihre Fair-Food-Initiative begonnen. Sie wollen, dass Lebensmittel naturnah, tierfreundlich und unter fairen Arbeitsbedingungen hergestellt werden.

100 Jahre Luftwaffe

Über 100 000 Zuschauer an Flugshow

Das erste Wochenende der AIR14 hat rund 160 000 Fliegerfans nach Payerne VVD gelockt - für die Veranstalter ein voller Erfolg. Der gestrige Sonntag stand unter dem Motto «Above the Battlefields» (über den Schlachtfeldern). Zu sehen war eine Jubiläumslugshow mit Flugzeugen, die die

AIR14-Organisatoren als «Top Shots der Schweizer Flugwaffe» bezeichnen: Pilatus Porter, Bleriot, Fokker D.VII, Mirage, Hunter und viele mehr. Zudem flog eine Hawker Hunter einen Einsatz zur Bekämpfung eines Bodenziels. Am kommenden Wochenende geht das Meeting weiter. (SDA)

NACHRICHTEN

ERZIEHUNGSDIREKTOREN Eymann will zwei Frühfremdsprachen

Deutschscheizer Primarschüler sollen zwei Fremdsprachen lernen. «Wir können und werden in der Sache hart sein, wenn es anders nicht geht», sagte Christoph Eymann, Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz, in der «SonntagsZeitung». (SDA)

BAHNÜBERGÄNGE Neues Radarsystem soll die Sicherheit erhöhen

Anders als bestehende Überwachungssysteme erkennt das neue System auch Menschen und Tiere in Gleisnähe und warnt den Lokführer. Bis Ende Jahr wollen die SBB drei Übergänge auf den neuesten Stand der Technik bringen. (SDA)

LEBENSERWARTUNG Städter leben in der Schweiz länger

Menschen auf dem Land sterben früher als Städter oder Bewohner der grossen Agglomerationen. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie der Uni Bern, über die mehrere Sonntagszeitungen berichteten. (SDA)